

SENEGAL

DR. UTE GIERCZYNSKI-
BOCANDÉ

DR. STEFAN GEHROLD

9. Februar 2011

www.kas.de/senegalwww.kas.de

Maghreb in Aufruhr, Westafrika instabil: Droht eine Ausweitung der Konflikte auf den Senegal?

Die Revolutionen im Maghreb haben in Senegal allemal zu der Befürchtung geführt, sie könnten – sozusagen Sahara überschreitend – auch auf Senegal übergreifen. Nun ist Präsident Abdoulaye Wade nicht der Tunesier Ben Ali. Er ist auch nicht der Ägypter Hosni Mubarak, wenn auch Wade die 80 Jahre längst überschritten hat, und wenn auch Wade gerne seinen Sohn Karim als Nachfolger im Präsidentsamt sähe.

Die tunesische Jasminrevolution und die Entwicklungen in den nordafrikanischen Nachbarländern haben Wade nachdenklich gestimmt. Wie auch den Oppositionspolitiker und ehemaligen Premierminister Wades, Moustapha Niasse, der anlässlich der Flucht von Ben Ali sagte: „Das, was die Tunesier getan haben, das können die Senegalesen auch“. Liegen doch zwischen Algerien, Marokko, Tunesien und Senegal nur Mali bzw. Mauretanien.

Angst vor Ansteckung: Elfenbeinküste, Tunesien, Ägypten

Senegal befindet sich im unmittelbaren geopolitischen Umfeld in einer brisanten Situation, die nur dank der permanenten diplomatischen Anstrengungen bislang geringe Auswirkungen auf das Land gehabt hat. Die Lage in der Elfenbeinküste besorgt senegalesische Regierungskreise: Falls sie eskalieren sollte, wie während des Bürgerkriegs vor zehn Jahren, wären die wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen unüberschaubar.

Das geopolitische Umfeld: Senegal weiterhin ruhender Pol?

Senegal hat Stabilität aber dringend nötig. Das Land gilt als ruhender Pol, als „Pufferzone“ zwischen Ländern mit hohem Unruhepotential.



Quelle: Wikipedia

Guinea Bissau

Im Süden liegt Guinea Bissau, ein politisch chronisch instabiles Land, zudem westafrikanische Drehscheibe für den Drogenhandel zwischen Brasilien und Afrika bzw. Europa. Vor drei Jahren wurden der Präsident und Generalstabschef brutal ermordet, seither dümpeln die Institutionen vor sich hin. Von Zeit zu Zeit gibt es Verlautbarungen über einen gescheiterten Staatsstreich, und auch wirtschaftlich kommt das Land nicht voran. Drogenhandel und Waffenschmuggel – auch in Richtung der senegalesischen Rebellenregion Casamance – bestimmen das politische und gesellschaftliche Klima.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SENEGAL

DR. UTE GIERCZYNSKI-
BOCANDE
DR. STEFAN GEHROLD

9. Februar 2011

www.kas.de/senegal

www.kas.de

Die Bevölkerung leidet weiter unter der schlechten Infrastruktur, hoher Arbeitslosigkeit, schlechten Bildungsmöglichkeiten. Die Rolle Guinea Bissaus im Casamance Konflikt wird von Beobachtern als hoch eingeschätzt, können sich doch die senegalesischen Separatisten immer wieder in die Wälder Guinea Bissaus zurück ziehen und sich mit Waffen und Minen eindecken.

Guinea-Conakry

Direkt daneben: Guinea. Das Land ist gerade dabei, nach ersten demokratischen – wenn auch umstrittenen - Wahlen sich selbst zu finden. Fünfzig Jahre Diktatur liegen hinter der Bevölkerung, mit teilweise grausamster Unterdrückung und Verfolgung der Regimegegner unter Sekou Touré. Der langjährige Regimegegner Alpha Condé, der erste demokratisch gewählte Präsident, hat keinen leichten Stand in einem Land, das reich an Bodenschätzen aber auch voller innerer Zerwürfnisse ist.

Die ethnischen Spaltungen zu überwinden, eine Wirtschaftsdynamik in Gang zu setzen, die Demokratie zu verankern, das sind Herausforderungen, die Condé nur in einem stabilen politischen Umfeld gelingen können.

Als es vor drei Jahren zu Unruhen in der Region Kedougou in Südostsenegal gab, strömten die Flüchtlinge über die nahe Grenze nach Guinea. Noch heute leben Zehntausende Guineer in der Region Kedougou und weiteren Teilen Senegals.

Mali

Im Osten Senegals liegt Mali, politisch zwar relativ stabil, jedoch weiterhin eines der ärmsten Länder des Planeten und durch Grenzen über tausende von Kilometern in der Sahara extrem anfällig für Terrorismusbewegungen und Entführungen. Allein in den letzten Monaten gab es mehrere Entführungsfälle in Mali. Auch die beiden im Niger getöteten französischen Geiseln sollten im letzten Monat von den Entführern über die malische Grenze gebracht werden. Zudem hat Mali immer wieder Probleme mit der aufständischen Tuareg Ethnie. Trotz der Integration der Tuareg Milizen in die malischen Streitkräfte kommt es immer wieder zu kleinen Scharmützeln mit bewaffneten Gruppen der Tuareg.

Wirtschaftliche Probleme oder die Zunahme terroristischer Aktivitäten aus dem Sahararaum könnten auch hier wieder zu Unruhen führen.

Mauretanien

Mauretanien, das Land im Norden Senegals, hat sich gerade vom letzten versuchten Staatsstreich erholt. Anfang Februar gelangten drei mit Sprengstoff beladene Autos über die Grenzen Malis und Senegals in das Land. Das Attentat galt laut Al Kaida dem demokratisch gewählten Staatspräsidenten Mohamed Ould Abdel Aziz (Foto / Quelle: Wikipedia).

Die mauretanische Armee war informiert. Dennoch kam eines der Autos bis vor Nouakchott, es hielt 300 Meter vor einer Kaserne, wo die zwei Insassen sich mitsamt ihrer Ladung in die Luft sprengten. Mehrere Soldaten wurden verletzt. Das zweite Auto konnte fliehen, das dritte wurde aufgehalten. Einer der Insassen kam aus Guinea Bissau, wo er eine Koranschule besuchte. Es ist seit langem bekannt, dass Al Kaida Verbindungen zwischen Guinea Bissau, Mali und Guinea Bissau unter-



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SENEGAL

DR. UTE GIERCZYNSKI-

BOCANDÉ

DR. STEFAN GEHROLD

9. Februar 2011

www.kas.de/senegal

www.kas.de

hält. Seit dem Attentatsversuch hat die senegalesische Regierung die Grenzüberwachung verstärkt. Eine lückenlose Bewachung der mehr als 800 km langen Grenze ist jedoch unmöglich.

Gambia

Senegal ist nicht nur von vier politisch verhältnismäßig instabilen Ländern umgeben. Wie ein Lindwurm teilt die Enklave Gambia das Land in der Mitte in zwei Hälften. Diese geographische Lage hat zur Folge, dass die Bevölkerung des südlichen Landesteils Casamance sich vom Rest Senegals abgeschnitten fühlt und in dieser Situation – gepaart mit anderen Problemen – eine Separatistenbewegung entstanden ist, die seit zwanzig Jahren mit Überfällen und Ermordungen von sich reden macht. In Teilen der Casamance ist sogar eine regelrechte Kriegsökonomie entstanden. Das anglophone Land Gambia, von einem selbstherrlichen „Marabout-Präsidenten“ regiert, spielt eine wichtige Rolle im Casamance Konflikt.

Neben dem Waffenschmuggel über die gambische Grenze finden auch die Rebellen der Casamance in Gambia immer wieder Aufnahme und Unterstützung, insbesondere, wenn das Stimmungsbarometer zwischen den beiden Staatspräsidenten auf dem Tiefpunkt ist. Wie vor einigen Wochen, als Abdoulaye Wade dem gambischen Staatschef Yaya Diame (Foto / Quelle: Wikipedia) vorwarf, er würde dem illegalen Waffenhandel aus Iran Vorschub leisten. Nach einem lauten Dementi und einem wochenlangen diplomatischen Ballett verbesserten sich die Beziehungen wieder, aber die Übergriffe der Rebellen in der Region zwischen Ziguinchor und Gambia nahmen maßgeblich zu. Vermutlich ließen es die gambischen Grenzkontrollposten an Wachsamkeit mangeln.



Preissenkungen als Antwort auf das „Ben Ali Syndrom“

„Die Regierung versucht, Wade das Ben Ali Syndrom zu ersparen“, titelte die vielgelesene Tageszeitung Le Populaire am Tag nach der Regierungserklärung, die anordnete, dass die freie Preisgestaltung für einige „sensible Grundnahrungsmittel“ wie Reis, Öl, Zucker und Milch bis auf weiteres sei. Der Handelsminister Amadou Niang betonte in seiner Fernsehansprache nach Verkündung dieser Regierungsmaßnahme, dass alle Zuwiderhandlungen zu Warenpfändungen und Geldstrafen für die Händler führen würden.

Die senegalesische Regierung hat also beschlossen, die Preise einiger Grundnahrungsmittel senken, ohne die Meinungen der größten Handelsgewerkschaften und anderer Akteure einzuholen. Im Rahmen des Wochentreffens des Nationalen Konsumrates wurde die seit 1994 herrschende freie Preisgestaltung vorübergehend ausgesetzt. Die nationale Presse, die Verbraucherorganisationen und die Vertreter des Handels bewerteten diese Maßnahmen negativ. Die Regierung versuche auf Kosten der einheimischen Wirtschaft, einem Dominoeffekt in Folge der Jasminrevolution in Tunesien und der Unruhen in Ägypten vorzubeugen. Verschiedene Geschehnisse in den letzten Wochen weisen darauf hin, dass diese Befürchtung nicht völlig aus der Luft gegriffen ist.

Die Verbraucherorganisationen hingegen erachten die Preissenkungen als zu gering und beklagten, dass die Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise nicht ebenfalls reduziert wurden. Das Problem sei die staatliche Fiskalpolitik, die alle Verbrauchsgüter mit hohen Steuern belege und den Händlern jeglichen Spielraum in der Preisgestaltung nehme.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SENEGAL

DR. UTE GIERCZYNSKI-

BOCANDE

DR. STEFAN GEHROLD

9. Februar 2011

www.kas.de/senegal

www.kas.de

Die Importeurunternehmen betonen, dass die meisten Grundnahrungsmittel wie Reis, Milch und Öl zu Weltmarktpreisen eingeführt werden müssen. Es sei schlicht unmöglich und unwirtschaftlich, die zu hohen Preisen importierten Waren mit Verlust oder ohne Gewinn wieder zu verkaufen.

Der Verband der Reisimporteure lehnte die Preisbindung kategorisch ab: Eine Preissenkung sei nicht möglich, solange der Staat ihnen nicht entweder mit Subventionen oder Einfuhrsteuersenkungen entgegen komme.

Der Handelsminister reagierte harsch auf die Kritik: Ab dem 4. Februar würden mobile Einsatztruppen systematische Kontrollen auf Märkten und in allen Groß- und Mittelhandelsbetrieben ausüben und Zuwiderhandelnde mit Pfändungen und hohen Geldstrafen belegen.



Kleinhandel in Senegal

Gemäß der Tageszeitung „Sud Quotidien“ befürchten Verbraucher, dass die Händler ihr Angebot reduzieren könnten, um künstlich Mangelzustände zu schaffen und die Regierung zur Rücknahme der Preisbindung zu zwingen. Leidtragend wäre wieder die Bevölkerung. Allerdings könne die Regierung dann die Händler bezichtigen, die staatliche Bestrebung einer Kaufkraftsteigerung der Bevölkerung zunichte gemacht zu haben – und wäre somit aus der Kritik. Eine Milchmädchenrechnung, so ein Leser. Die Sympathie der Bevölkerung für die PDS Regierung könne nicht mit aufgezwungenen Maßnahmen gekauft werden.

Halbherzige Liberalisierung der Wirtschaft

Der Schritt – viel mehr Rückschritt - der liberalen Regierung weg vom marktwirtschaftlichen Schema zurück in die 1994 aufgegebene Preisbindung zeugt von einer angespannten Stimmung in Regierungskreisen. Als die liberale PDS unter dem Präsidenten Abdoulaye Wade im März 2000 die vierzigjährige sozialistische Regierung ablöste, versprach sie, die schon unter dem Vorgänger Abdou Diouf begonnene wirtschaftliche Liberalisierung fortzuführen.

In der Tat war schon im Jahre 1994 die staatliche Preisbindung aufgehoben worden. Die PDS versuchte sich von Beginn an in zaghaften Liberalisierungsbestrebungen. So wurden einige Staatsbetriebe privatisiert, was allerdings angesichts fehlender Konkurrenzbetriebe zu einer unausgewogenen Monopolstellung führte. Die Elektrizitätswerke gingen nach dem Scheitern wieder in Staatshand über.

Die ehemals florierende Eisenbahngesellschaft (Dakar - Bamako) ging von einem privaten Aufkäufer zum nächsten. Niemand erneuerte das Schienennetz, bis nach zahlreichen Unfällen der Personenverkehr nach Bamako aufgegeben wurde. Der Güterverkehr läuft derart schleppend, dass die meisten Transporteure auf die Straße ausweichen, was zu Staus vor der Halbinsel Dakar führt. Die Direktion wurde von Senegal nach Mali verlegt. Und so verlor Senegal aufgrund dieser misslungenen Privatisierung hunderte von Arbeitsplätzen und die Möglichkeit, eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur aufzubauen.

In anderen Sektoren wurde die halbherzig durchgeführte Liberalisierung der Wirtschaft durch den stärker werdenden Privatsektor teilweise aufgefangen. So wirkte sich die Privatisierung der ehemals staatlichen Telefongesellschaft Sonatel positiv auf das Kommunikationswesen aus. Seitdem Lizenzen an zwei andere Anbieter vergeben wurden, ist das Tele-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SENEGAL

DR. UTE GIERCZYNSKI-

BOCANDÉ

DR. STEFAN GEHROLD

9. Februar 2011

www.kas.de/senegal

www.kas.de

fonwesen Senegals das effizienteste in der Region. Auch andere Wirtschaftsbereiche profitierten von der wirtschaftlichen Liberalisierung. Insbesondere der Bausektor floriert.

Das Erdnuss-Dilemma

In der Landwirtschaft jedoch zeitigte die halbherzige Liberalisierung desaströse Folgen. Anfang Februar beklagte der Premierminister Souleymane Ndéné Ndiaye anlässlich der Eröffnung der westafrikanischen Landwirtschaftsmesse in Dakar, dass die diesjährige Erdnussernte „sehr unbefriedigend“ verlief.

Die Ernten der Bauern würden von den Ölfabriken ohne Bezahlung abgenommen, da diese angeblich keine finanziellen Ressourcen hätten. Die Produzenten würden darauf getröstet, dass sie nach Verkauf der Ölprodukte ausgezahlt würden. Der Premierminister bezeichnete diese Praxis als unzumutbar und berief ein Treffen der Ölfabrikanten und Banken ein. In der Zwischenzeit warten die Erdnusserzeuger weiter auf ihre Bezahlung.

Auf Grund der aus sozialistischen Zeiten gebliebenen staatlichen Abnahmepflicht der Ölfabriken und festgelegten Produzentenpreise können die Bauern ihre Ernten noch nicht einmal teilweise an private Abnehmer oder in Nachbarländer verkaufen. Diese Reminiszenz des sozialistischen Regimes führt zu steigender Armut in ländlichen Regionen und erhöht die Landflucht und Emigrationsströme.

Diese Beispiele zeigen, dass Senegal noch weit von einem funktionierenden Wirtschaftssystem entfernt ist. Das permanente Jonglieren der Regierung zwischen wirtschaftlichem Liberalismus und sozialistischen Reminiszenzen, und sei es aus populärpolitischen Erwägungen, kann Wirtschaftsakteure und Investoren nicht überzeugen. Ein schleppendes Wirtschaftswachstum und Investitionsmangel sind die Folge.

Mangelnde Stromversorgung führt zu Unruhen

Nun soll nicht gemutmaßt werden, dass die Opposition zur Revolution in Senegal aufrufen will. Jedoch stehen gewisse gesellschaftliche Parameter auf Sturm: in wenigen Monaten wurden 105 Busse des halbstaatlichen Dakarer Busunternehmens Dakar Dem Dik (Dakar Hin und Zurück) zerstört. Die regierungsnahe Tageszeitung Le Soleil veröffentlicht seit Wochen täglich eine zweiseitige Bekanntmachung über die nach Vierteln aufgeteilten Stromabschaltungen: Der Staat kann die Erdölrechnungen nicht mehr bezahlen, gleichzeitig ist die Kapazität der Stromzentralen zu niedrig, um die Versorgung von Millionenstädten wie Dakar zu gewährleisten.

Nur die Regionalhauptstädte der Randregionen wie Ziguinchor und Kedougou haben keine Probleme mit der Stromversorgung. Einmal ist die Nachfrage gering und weiterhin soll natürlich jeder mögliche Unruheherd von vornherein vermieden werden.

Schüler- und Studentenrevolten

Aber nicht nur die Revolten der von Stromausfällen geplagten Stadtbürger machen der Regierung Sorgen, auch in anderen Sektoren kocht es. An der Universität Dakar wird regelmäßig gestreikt, aus diversen Gründen: mangelhafte Organisation der Zimmerverteilung in den Studentenwohnheimen (5000 Betten für 60 000 Studenten), Mangel an Unterrichtsräumen



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SENEGAL

DR. UTE GIERCZYNSKI-

BOCANDÉ

DR. STEFAN GEHROLD

9. Februar 2011

www.kas.de/senegal

www.kas.de

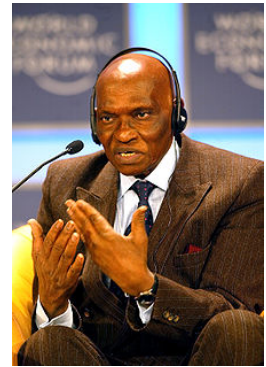
(300 Plätze für 2000 Studenten in manchen Fakultäten), tausende von Abiturienten, die immer noch keinen Studienplatz haben. Die Streiks gehen in der Regel mit der Zerstörung staatlicher Infrastrukturen einher.

Auch die Gymnasiasten in einigen Regionalstädten streiken: die Lehrer organisieren keine Halbjahresklausuren, weil von ihrem Gehalt die fehlenden Stunden des Vorjahres abgerechnet wurden, als die Lehrer schon einmal streikten. Überfüllte Klassen, überforderte Lehrer, sinkende Qualität, Politisierung der Lehrgewerkschaften und der Studentenvertretungen - das Bildungssystem Senegals befindet sich in einer tiefen Krise.

Verfassungsänderung?

Große Teile der Bevölkerung des Landes sind von der Regierung Wade enttäuscht.

Hinzu kommt die Befürchtung, der nunmehr 84 Jahre alte Wade (Foto / Quelle: Wikipedia) könne im nächsten Jahr wieder zu den Präsidentschaftswahlen antreten. Laut der aktuellen Verfassung sind nur zwei Präsidentialmandate zulässig, aber Anfang Februar ließ der Vorsitzende der nationalen Wahlkommission und Mitglied der Regierungspartei Oumar Sarr verlauten: „Wir haben die Gesetze, aber diese können in Form von interpretativen Gesetzen von der Nationalversammlung geändert werden, damit Wade kandidieren kann“.



Abdoulaye Wade 2002

Die Nationalversammlung besteht seit dem Wahlboykott der größten Oppositionsparteien in den Wahlen 2007 zu 75 % aus PDS Mitgliedern mit einem Rest von PDS nahen Parteien, nur ca. 6 % sind Vertreter der Opposition. So nutzte die Regierung ihre Zweidrittelmehrheit schon mehrfach zu Verfassungsänderungen. Es würde niemanden erstaunen, wenn die Nationalversammlung auch in dieser Frage so agierte.

Die Opposition und verschiedene Organisationen der Zivilgesellschaft führte in den Jahren 2008-2009 eine großflächige Volksbefragung zur Lage und Zukunft Senegals durch. Auf ihrer Basis erstellte sie eine Charta zur guten Regierungsführung. Derzeit schreiben die Leiter dieses „nationalen Reflexionskomitees“ an einem neuen Verfassungsvorschlag, der auf dem Konzept einer parlamentarischen Demokratie basiert. Dieser soll im Falle des Siegs der Opposition bei den Parlamentswahlen im Jahr 2012 verabschiedet werden. Allerdings hat die Opposition bis dato noch keinen gemeinsamen Kandidaten.

Dynastische Nachfolge?

Die Parallele zu Hosni Mubarak, Oumar Bongo oder Eyadema, die von mehreren Analysten hergestellt wird, ist nicht abwegig. Der Sohn des Staatsoberhauptes, Karim Wade, unterlag bei den Kommunalwahlen 2009, als er als Kandidat um das Bürgermeisteramt eines dakarischen Viertels antrat. So charismatisch wie sein Vater in den ersten Jahren seiner Regierungszeit die Bevölkerung für sich begeistern konnte, so unnahbar und beinahe schüchtern stellt sich der technokratische Sohn dar. Die Tatsache, dass sein Vater ihn zum „Superminister“ für Lufttransporte, Energie und die Beziehungen zu den arabischen und asiatischen Staaten gemacht hat, gab seiner Beliebtheit keinen Auftrieb. Oppositionspolitiker warnen vor der Gefahr einer dynastischen Nachfolge im Präsidentialamt, die durch weitere Verfassungsänderungen möglich werden könnten.

Viele Vertreter der Zivilgesellschaft geben ihrer Unzufriedenheit über die politische Stagnation Ausdruck, wie kürzlich die Vorsitzende des Mouvement Citoyen mit ihrem Slogan: „Es

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SENEGAL

DR. UTE GIERCZYNSKI-

BOCANDÉ

DR. STEFAN GEHROLD

9. Februar 2011

www.kas.de/senegal

www.kas.de

reicht!". Der Wade Regierung wird vieles vorgeworfen: Korruption, Verwendung staatlicher Ressourcen für Großprojekte (wie ein neues von Nordkorea gebautes Nationaltheater), die Politisierung der Studenten- und Schülerschaft, die immer wieder zu Gewalthandlungen führt und eine politische Instrumentalisierung der Religion.

Diese Gemengelage führt in anderen Ländern zu Revolten, wie jetzt im Fall einiger arabischer Länder. Senegal gilt trotz allem als politisch stabiles Land, als Friedensfaktor in der Region. Jedoch ist auch hier nicht auszuschließen, dass eines Tages das „Fass überläuft“ – vor allem im Hinblick auf die anstehenden Wahlen. Viele sind mit der Regierung Wade nicht mehr zufrieden. Die Schwäche der Opposition nimmt den Wählern allerdings die Optionen.

Als sich vor zwei Wochen ein von einer Zementfabrik entlassener Arbeiter mit Benzin übergoss und anzündete (aber dann von Kollegen gerettet wurde), titelten die Zeitungen: „Hat das Ben Ali Syndrom schon auf Senegal übergegriffen?“ Gewiss wäre dies ein Einzelfall, in der Regel seien die Senegalesen eher „Salonlöwen“, die lieber vom Sofa aus Kommentare abgeben, anstatt sich in die erste Reihe von Demonstrationen zu stellen. Jedoch ist nicht auszuschließen, dass die Revolutionen des Maghreb im aktuellen Kontext auch Senegal anstecken könnten.